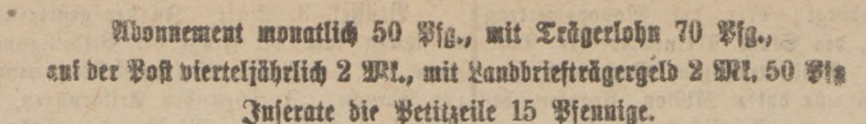
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.


Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 7. März 1888 Nr. 113.

Vom Kronprinzen.

Berlin, 6. März.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in seiner heutigen Nummer folgendes Bulletin aus San Remo:

San Remo, 6. März, 11 Uhr Vormittags. Gegenüber den in der Presse verbreiteten Gerüchten von Meinungsverschiedenheiten unter den behandelnden Aerzten Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen des deutschen Reichs und von Preußen erklären die Unterzeichneten, daß hinsichtlich der Natur und Beurtheilung der Krankheit eine solche unter ihnen nicht besteht. Ebensowenig ist von ihnen die Nähe einer gefährlichen Wendung des Leidens behauptet worden. Die einheitliche, verantwortliche Leitung der Behandlung befindet sich wie vor der Operation in den Händen des mitunterzeichneten Sir Morell Mackenzie. An die Zeitungen des In- und Auslandes richten die Aerzte noch einmal im Interesse des hohen Kranken und der Völker, die ihn hochachten, lieben und verehren, die Bitte, sich jeder Diskussion über die Krankheit Höchstdesselben oder über die bei der Behandlung angewandten Methoden und Instrumente zu enthalten. Die örtlichen Störungen im und am Kehlkopfe Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit haben sich wesentlich nicht verändert, die Wunde ist geheilt, die Kanülen liegen gut, die Lungen sind gesund, Husten und Auswurf wurden geringer. Der Kräftezustand ist ein befriedigender, der Appetit im Zunehmen begriffen, Verdauungsstörungen sind nicht vorhanden, ebensowenig Schmerzen beim Schlucken oder Kopfweh. Der Schlaf hält ununterbrochen Stunden lang an. Da die Mission des Geheimen Raths von Bergmann beendet ist, wird er demnächst abreisen.

Mackenzie. Schrader. Krause. Hovell. v. Bergmann. Bramann.

Das offiziöse Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldungen:

San Remo, 5. März, 10 Uhr 30 Minuten Abends. Der Kronprinz verweilte im Laufe des Tages mehrere Male einige Zeit auf dem Balkon, der Husten hat nachgelassen, das Allgemeinbefinden und der Appetit waren gut.

San Remo, 6. März, 10 Uhr 5 Minuten Vormittags. Der Kronprinz verbrachte eine recht gute Nacht und fühlt sich heute Morgen sehr erfrischt. Husten und Auswurf sind geringer. Das Wetter ist prächtig.

Dem „B. B.-C." geht folgendes Privat-Telegramm zu:

San Remo, 6. März, 10 Uhr 30 Minuten Vormittags. Die letzte Nacht war gut, der Schlaf kaum unterbrochen. Der Husten hat abgenommen, der Auswurf ist reiner. Der Großherzog von Hessen, Prinz Heinrich und die Prinzessinnen Irene, Margarethe, Sophie unternahmen um 9 Uhr eine Eselspartie nach Colla. Die Kronprinzessin und Prinzessin Viktoria waren beim Aufbruch zugegen, und machte die heitere Stimmung sämmtlicher hohen Herrschaften den Eindruck, daß die eingetretene Besserung eine intensive sein müsse.

Von ihrem Berichterstatter erhält die „Voss. Ztg." folgende Drahtmeldung:

San Remo, 6. März. Der Kronprinz verließ heute zum ersten Male das Haus. Um halb 11 Uhr spazierte er mit der Kronprinzessin, Mackenzie und Hovell im Garten. Wenn das jetzt herrliche Wetter nicht umschlägt, so werden nächstens Ausfahrten unternommen werden. Der Kronprinz schrieb selber auf ein Stück Papier, daß die letzte Nacht die beste seit der Operation gewesen sei.

Deutschland.

Berlin, 6. März. Ueber das Befinden des Kaisers wird gemeldet, daß der Erkältungszustand auch am heutigen Tage noch unverändert anhielt, weshalb Allerhöchstderselbe im Laufe des heutigen Tages auch weder Vorträge noch militärische Meldungen entgegennehmen konnte.

Die Kaiserin unternahm am heutigen Nachmittage wieder eine etwa einstündige Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Das Befinden Ihrer Majestät ist gegenwärtig das allererfreulichste.

Prinz Wilhelm wird mit den Herren seiner Begleitung morgen früh 7 Uhr auf der Anhalti schen Bahn von seiner Reise nach San Remo wieder in Berlin eintreffen.

— Der König von Würtemberg, welcher heute seinen Geburtstag feiert, hat von Florenz aus an den Präsidenten des würtembergischen Staatsministeriums, Minister v. Mittnacht, folgendes, bereits kurz gemeldetes, Schreiben gerichtet:

Florenz, 29. Februar. Mein lieber Staatsminister Dr. Freiherr v. Mittnacht! Bei dem Herannahen Meines Geburtsfestes erfüllt Mich vor Allem das Gefühl tiefsten Dankes gegen den allmächtigen Gott, dessen schützende Hand Mich während schwerer Krankheit vor drohender ernster Gefahr gütig bewahrt hat. Mein nächster Gedanke aber gehört der fernen theuren Heimath, welche Ich in naher Zeit wieder zu sehen hoffen darf. Zugleich ist es Mir Herzensbedürfniß, für die während Meiner Krankheit Mir entgegengebrachten wohlthuenden Beweise warmer Theilnahme und treuer Anhänglichkeit Allen, welche Mir solche bethätigt haben, Meinen gerührten und innigsten Dank auszusprechen und Meinem geliebten Volke Meinen landesväterlichen Gruß zu entbieten. Vorstehendes ersuche Ich Sie zur allgemeinen Kenntniß zu bringen und verbleibe Mein lieber Staatsminister Dr. Freiherr von Mittnacht mit der Versicherung Meines Wohlwollens Ihr gnädiger König Karl.

— Fürst Anton Radziwill wird morgen früh von Berlin abreisen und sich nach London begeben, um dort den silbernen Hochzeitsfeierlichkeiten des Prinzen und der Prinzessin Wales am 10. März beizuwohnen. Vor seiner Abreise nach England wurde der Fürst am Sonntag noch von dem Kaiser zur Verabschiedung im königlichen Palais empfangen.

— Der Aufforderung, welche Rußland, unterstützt durch Deutschland und Frankreich, an die Pforte gerichtet hat, ist von derselben entsprochen worden.

Konstantinopel, 5. März. (Telegramm der „Agence Havas".) Der gestrige Ministerrath nahm den russischen Antrag betreffend die Notifikation der Illegalität des Prinzen von Koburg an und beschloß, daß die Notifikation an die bulgarische Regierung gerichtet werden solle. Der Sultan sanktionirte diesen Beschluß und hat die Pforte auf telegraphischem Wege dem Ministerpräsidenten Stambulow die Notifikation betreffend die Illegalität des Prinzen von Koburg zugehen lassen.

Konstantinopel, 6. März. Der Großvezier hat dem russischen Antrage entsprechend an die bulgarische Regierung telegraphisch die Erklärung gerichtet, daß die Anwesenheit des Prinzen Ferdinand an der Spitze der Regierung des Vasallenstaates illegal sei.

Weiter geht der „Nat.-Ztg." folgende Meldung zu:

Wien, 6. März. Wie die „Corr. de l'Est" aus Konstantinopel von autoritativer Seite erfährt, erhielt Herr v. Radowitz Donnerstag, den 23. v. Mts., endgültige und sehr ausführliche Instruktionen aus Berlin, Bulgarien betreffend. Noch am selben Abend machte Herr von Radowitz hiervon dem Grafen Montebello und Herrn v. Nelidow Mittheilung. Zugleich ersuchten der deutsche und der russische Botschafter den Grafen Montebello, sie am nächstfolgenden Tage im französischen Botschaftspalais zu einer Besprechung zu empfangen. Freitag, den 24., kamen die drei Diplomaten zusammen und setzten sich wegen der am nächstfolgenden Tage zu unternehmenden Demarche ins Einvernehmen. Hierauf telegraphirte Herr v. Nelidow nach Petersburg, daß er auf die aufrichtige Unterstützung seines deutschen und französischen Kollegen zählen könne, daß aber Baron Blanc, wiewohl er im Prinzip zustimme, noch keine definitiven Instruktionen erhalten habe. Giers antwortete hierauf seinem Botschafter, daß er am nächsten Tage die Demarche bei der Pforte machen solle, was auch geschah. Nachdem Baron Blanc am 24. um 5 Uhr Abends längere Unterredung mit dem Grafen Montebello und sodann mit Herrn v. Nelidow hatte, erklärte er beiden Botschaftern, daß die italienische Regierung sich in Verlegenheit befinden würde, wenn sie gegen Prinz Ferdinand eine feindselige Haltung einnehmen sollte, da sie dessen Wahl als auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommen betrachtet, wenngleich sie dessen Position in Sofia als inkorrekt und illegal bezeichnen müsse. Baron Blanc fügte noch hinzu, daß er im Laufe der Nacht Instruktionen zu erhalten hoffe, in welchem Falle er sich gleichfalls auf die Pforte begeben würde, um sich dem Schritte Rußlands anzuschließen. Doch blieben diese erwarteten Weisungen aus.

Mit der erfolgten Notifikation nach Sofia ist die diplomatische Aktion, welche durch den russischen „Regierungs-Anzeiger" eingeleitet wurde, formell erschöpft, und die Zusicherung, welche Fürst Bismarck in seiner Rede gab, ist prompt eingelöst. Welche materielle Konsequenzen Rußland aus diesem Erfolge zu ziehen gedenkt, ist abzuwarten; ebenso wie Bulgarien sich dieser Thatsache gegenüber stellen wird. Eine Folge ergiebt sich ohne Weiteres; Unternehmungen, welche sich gegen den ferneren Aufenthalt des Prinzen auf bulgarischem Boden richten, sind an sich nicht mehr illegal. Man darf indessen wohl annehmen, daß die Mächte die Ueberzeugung gewonnen haben, der von der Pforte gethane Schritt werde nicht zu einer weiteren Verwirrung, sondern zur Klärung der Lage in Bulgarien führen.

— In der Budget Kommission des Abgeordnetenhauses wurden gestern nach längerer Debatte sämmtliche zu Kapitel 124 des Kultusetats gestellte Anträge, welche von dem Plenum an die Kommission zur Vorberathung überwiesen waren (Anträge v. Hammerstein, v. Huene, v. Strombeck, Achenbach, Enneccerus, Brüel), abgelehnt. Angenommen wurde lediglich ein neuer vom Abgeordneten Dr. Brüel gestellter Antrag, dahingehend „die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für die Verwendung des Fonds im Kap. 124 Tit. 5 des Staatshaushalts (zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse 4,000,000 Mk.) zu Alterszulagen feste Grundsätze aufzustellen und solche im nächstjährigen Staatshaushalts Etats-Vermerk zum Ausdruck zu bringen."

— In der Petitions-Kommission des Reichstages standen gestern zahlreiche, meist aus Süddeutschland eingegangene Petitionen, welche sich gegen den Hausirhandel, die Abzahlungs-Geschäfte, die Wanderlager und die Auktionsfreiheit richten, zur Verhandlung. Die Petenten verlangen u. A., daß der Hausirhandel mit Handwerks-Erzeugnissen gänzlich verboten werde, daß Ausländern das Hausiren durchweg untersagt werde; Andere wollen das Hausiren den Inländern unter dreißig Jahren untersagt wissen, noch Andere fordern für Wanderlager und Auktionen eine tägliche besondere Steuer von fünfzig Mark. Dagegen lagen aus dem Riesen- und aus dem Erzgebirge Petitionen mit zahlreichen Unterschriften vor, wonach die Hausweber in diesen Gegenden darauf angewiesen sind, ihre Waaren durch Hausiren abzusetzen. Sie würden wirthschaftlich ruinirt werden durch ein Verbot des Hausirhandels. Auch gegen die Konsumvereine liegen Petitionen vor, welche besonders rügen, daß diese mit Branntwein handeln. In der Diskussion wurde u. A. hervorgehoben, daß in der baierischen Abgeordnetenkammer in den letzten Tagen derartige Petitionen diskutirt worden und daß Vertreter aller Parteien sich im Sinne der Petenten gegen die Hausirfreiheit und Abzahlungs-Geschäfte erklärt hätten. — Mit zehn gegen fünf Stimmen wurde beschlossen, die Berathung zu vertagen und einen Regierungs Kommissar zu derselben zu erbitten.

— Die oft gerügten Mängel und Gebrechen in der englischen Militär Verwaltung waren gestern im Unterhause Gegenstand einer recht merkwürdigen Diskussion. Bei der Debatte über den Antrag, zur Einzelberathung des Kriegsbudgets überzugehen, stellte Barttelot den Antrag auf Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Mittel zur Vertheidigung des Landes. Der Finanzsekretär im Departement des Krieges, Brodrick, bekämpfte den Antrag, weil derselbe die Schwächen Englands vor der ganzen Welt bloßlegen würde. Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, die Regierung sei bereit, einer Untersuchung darüber zuzustimmen, inwieweit die Organisation des Heeres und der Flotte den nationalen Bedürfnissen entspreche; den Antrag Barttelot's könne die Regierung aber nicht acceptiren. Die weitere Berathung des Barttelot'schen Antrages wurde schließlich auf nächsten Donnerstag vertagt. — Die Furcht des Sekretärs Brodrick, daß eine Untersuchung „die Schwächen Englands vor der ganzen Welt bloßlegen würde", ist beschämend genug für das stolze Albion.

— Wie der „Voss. Ztg." ein eigener Drahtbericht aus Wien meldet, sind heute dort sämmtliche cisleithanischen Bischöfe versammelt, um Schritte zur Unterstützung des Liechtenstein'schen Schulantrages zu berathen. Wie verlautet, beabsichtigen sie, eine Deputation an den Kaiser zu entsenden und eine Eingabe an das Ministerium zu richten. Auch vom Vatikan aus werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die maßgeblichen Kreise für die konfessionelle Schule günstig zu stimmen. Der Liechtenstein'sche Antrag gelangt nun bestimmt vor den Osterferien zur ersten Lesung im Abgeordnetenhause, nachdem es gelungen ist, alle Gruppen der Rechten bis auf eine geringe Anzahl unverbesserlicher Opponenten dafür zu gewinnen, den Antrag an den Schulausschuß zu verweisen. Wenn sich bis zur entscheidenden Stunde die Meinungen nicht noch ändern, so ist dem Fürsten Liechtenstein der erste Erfolg sicher, dabei aber wird es in dieser Session sein Bewenden haben, da noch gar nicht abzusehen ist, wann der Reichsrath mit den dringenderen Arbeiten fertig werden wird. Das „Fremdenblatt" berichtet sogar, daß man sich in Abgeordnetenkreisen schon mit dem Gedanken vertraut macht, daß die Session diesmal bis in den Juni hineindauern wird. Nach den Osterferien kommt zunächst das Budget zur Berathung und für das Spiritussteuergesetz wird wohl erst nach den Delegationen, die in der zweiten Hälfte des Mai zusammentreten, Zeit gewonnen werden.

— Aus Brüssel, 4. März, wird der „Voss. Ztg." geschrieben:

Am 15. d. M. schifft sich in Antwerpen Lieutenant Hannense vom 10. Linienregiment ein, um an Stelle des verstorbenen Kapitäns Vandevelde die Leitung der nach den Stanleyfällen ausgerüsteten Expedition zu übernehmen. Hannense war bereits vor einigen Jahren Befehlshaber von Manyanga am Unterkongo, hat aber noch niemals den Oberkongo betreten. Erst in fünf Monaten wird er an Ort und Stelle eintreffen; die Aussicht, aus dem Stanley'schen Lager am Aruhuimi und von den dortigen Europäern Nachrichten zu erhalten, ist also wieder in weite Ferne gerückt. Während am Oberkongo die Araber die Autorität des Kongostaates gefährden, ist auch am Unterkongo das Verhältniß der Eingeborenen zu den Weißen nicht das beste. Während die Organe der Kongoregierung von den Fortschritten der Zivilisation am Unterkongo, von der Anerkennung des Kongostaates durch die Kongokönige und der herrschenden Ordnung nicht genug zu erzählen wissen, steht es mit alledem selbst in dem Bezirke von Banana, dem Haupthafen an der Einmündung des Kongo, wenig günstig aus. Privatbriefe katholischer Missionäre aus Nemlao berichten, daß die dortigen Häuptlinge erklärt haben, sie würden sämmtliche Missionäre aus dem Lande treiben. Da sie überdies einen der katholischen Mission gehörigen kleinen Schuppen, „weil er das Fallen des Regens verhindere", umgestürzt hatten, so beschloß die Kongoregierung eine energische Bestrafung. Mehrere Häuptlinge wurden als Geiseln fortgeführt und sämmtliche Dörfer mit allen Hütten des ganzen Bezirkes niedergebrannt. Das sollte den Schwarzen die „Macht" der Regierung zeigen; ob das aber die Lage am Kongo bessern wird, darf bezweifelt werden.

Der soeben in Liverpool angekommene Dampfer „Benguela", der eigens nach dem Kongo gegangen war, um Nachrichten über Stanley zu erhalten, ist ergebnißlos zurückgekehrt.

München, 5. März. Der König und die Königin von Sachsen sind heute Abend 8 Uhr 25 Minuten mittelst Extrazuges hier eingetroffen und von dem Prinzregenten, den königlichen Prinzen, der Generalität und der sächsischen Gesandtschaft am Bahnhof empfangen worden. Das Königspaar hat im königlichen Residenzschloß Wohnung genommen und gedenkt vier Tage hier zu verweilen.

Ausland.

Wien, 5. März. Die Tabakmonopolvorschläge der Länderbank lauten: Entweder die serbische Regierung betheiligt sich am Reingewinn mit 50 Prozent, übernimmt die Staatsaufsicht über das ganze Geschäft und erhält das Recht,

für den Tabakbau beliebige Vorkehrungen zu treffen, wogegen die Regierung den Aktionären 7 Prozent verbürgt; oder der Monopolvertrag wird aufgelöst, der Staat übernimmt die Baulichkeiten und Realitäten zum Buchwerth und zahlt außerdem eine halbe Million Franken behufs Abfertigung der Gesellschaftsbeamten.

Wien, 5. März. Von 156 Wahlen in Serbien sind 149 bekannt; gewählt sind 130 Radikale 12 Liberale, 7 homines novi, deren Parteistellung noch nicht feststeht. In 30 Bezirken fand heißer Kampf statt; jedoch sind bisher keine Unruhen gemeldet worden. Ristitsch' Anhänger sind auch in Belgrad völlig geschlagen; jedoch waren von 6000 Wählern nur 1200 erschienen. In den Städten trug die Fortschrittspartei viel zum Siege der Radikalen bei.

Wien, 5. März. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge ernannte der Kaiser den Prinzen von Wales zum Oberst-Inhaber des zwölften Husaren-Regiments.

Bern, 4. März. Die vom Bundesrath genehmigte Liste der Verhandlungsgegenstände für die am 12. März nächsthin außerordentlich einberufene Bundesversammlung weist bis jetzt dreißig Nummern auf. Darunter sind die wichtigsten die Botschaften über die Gesetze betreffend Schutz der Fabrik- und Handelsmarken, Erfindungspatente, Auswanderungsagenturen, Schuldbetreibung und Konkurs, politische Rechte der Schweizer Bürger, zivilrechtliche Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter und Dienstzeit der Offiziere und über die Uebereinkunft mit Frankreich betreffend Durchführung der Schulpflicht in den schweizerisch-französischen Grenzortschaften sowie über den Auslieferungsvertrag mit Serbien. Von Anträgen sind zu erwähnen die des Nationalraths Keller auf Gründung einer Bundesbank mit alleinigem Recht der Notenausgabe, die der Nationalräthe Decurtins und Favon auf Anstrebung einer internationalen Arbeitergesetzgebung und die des Nationalraths Schäppi auf Untersuchung der Frage, in wie weit das Schulwesen der einzelnen Kantone den Anforderungen der Bundesverfassung entspricht. Die Botschaft über den Rückkauf der Nordostbahn befindet sich noch nicht auf dem Verzeichniß, weil der Bundesrath zur Stunde noch keinen Beschluß über die Bedingungen faßte, unter welchen die Generalversammlung der Aktionäre am 25 ds. das bundesräthliche Kaufanerbieten (500 Franks für Stamm-, 600 für Prioritätsaktien) anzunehmen beschlossen hat.

Der bisherige argentinische Ministerresident Don Hector Alvarez wird durch Don Lopez da Cordoba, bisher Ministerresident in Lissabon, ersetzt werden.

Amsterdam, 4. März. Wer gegenwärtig eine Zeitung in die Hand nimmt, hat ein saures Stück Arbeit vor sich, um sich durch die Fluth von Wahlversammlungen, Wahlreden, Anempfehlungen, Widerlegungen u. s. w. hindurchzuarbeiten, und erleichtert wird man am Dienstag aufathmen, wenn der Würfel gefallen sein wird. Indessen werden die wenigen Tage von den verschiedenen Parteien noch in der intensivsten Weise ausgenutzt. In Nordbrabant und Limburg geht die Sache noch verhältnißmäßig am leichtesten. Der vom Bischof gnädigst ernannte oder zugelassene Kandidat empfiehlt sich in einem besondern Rundschreiben den „Herren Wählern“ und versäumt dabei nie, die stereotype Versicherung abzugeben, daß er als Abgeordneter „die Interessen der katholischen Religion in der Kammer beherzigen werde“. In den andern Provinzen, wo es zum wirklichen erbitterten Streit kommt, durchziehen die Sendboten der einzelnen Richtungen Dorf und Stadt, setzen in besonders anberaumten Versammlungen ihren Standpunkt auseinander, warnen vor den Absichten der Gegenpartei und vertheidigen die bisherige Haltung. Während Goeman Borgesius als liberaler Wanderredner das ganze Land durchzogen, tritt Schaepman als ultramontaner Großredner an allen Plätzen auf, wo für seine Gesinnungsgenossen vielleicht etwas abfallen kann, und dieser Tage beruhigte er in einem liberalen Wahlverein in Utrecht die Gemüther und meinte, daß die Klerikalen, wenn sie dieses Mal an's Ruder kämen, nicht in der gefürchteten Weise wirthschaften, jedenfalls der öffentlichen Schule nur langsam den Garaus machen würden. Das regste Leben entfaltet entschieden Amsterdam; Thorbecke, der einst über diese Stadt die nicht grade schmeichelhaften Worte geäußert, daß, wenn Amsterdam die Herzader des Landes sei, diese sehr schwach klopfe, würde heute sein Urtheil zurückziehen. Am vorigen Freitag fand im Volkspalast eine von etwa 7000 Menschen besuchte Versammlung statt, in welcher Domela Nieuwenhuis, Fortuyn und andere Sozialdemokraten das Wort führten und wo die Anwesenden, welche das Sündenregister der liberalen Partei in allen Tonarten vortragen hörten, aufgefordert wurden, nur „Männern des Volkes“ ihre Stimme zu geben. In welch' gehässig leidenschaftlicher Weise der Kampf geführt wird, möge folgende Probe aus dem orthodoxen „Standaard“ zeigen: „Wißt ihr, was hitzige und gemäßigte Liberale sind? Die hitzigen sind Hunde, die von weitem schon bellen, daß es eine Art hat und, sobald sie euch sehen, euch anfallen. Aber die gemäßigten sind lauernde Hunde, die sich platt auf den Bauch legen und neidisch knurren, bis ihr ganz nahe seid, um dann plötzlich euch in die Beine zu beißen.“ Selbst die Juden müssen dieses Mal Vorspanndienste leisten, indem einige derselben ihre Glaubensgenossen auffordern, doch ja keinen Liberalen zu wählen, die es auf die Vernichtung jeder Religion abgesehen hätten.

Brüssel, 3. März. In der gestrigen Kammersitzung kam die Frage der Betheiligung Belgiens an der Pariser Weltausstellung neuerdings zur Sprache. Zwischen den Erklärungen, welche hüben und drüben die Minister des Auswärtigen auf Anfragen von Abgeordneten gegeben hatten, bestand ein Widerspruch in der Form insofern, als laut Flourens Belgien wirklich zur Betheiligung eingeladen worden wäre und dieselbe auch zugesagt hätte, nach Prinz Chimay hingegen nicht eingeladen worden wäre. In Wirklichkeit kommt es darauf hinaus, daß Belgien nicht amtlich, das ist schriftlich nach diplomatischem Brauch, eingeladen worden, sondern daß in Folge mündlicher Absprache die beiden Regierungen ihren Angehörigen die Betheiligung an der hiesigen und der dortigen Ausstellung bloß erleichtern werden. So in der gestrigen Kammersitzung der Ministerpräsident Beernaert. Aus seiner Rede ist noch hervorzuheben, daß Belgien nicht geneigt gewesen wäre, „die geschichtlichen Ereignisse eines Landes mitzufeiern, deren Bedeutung nicht dieselbe für alle Länder ist“. Es liegt auf der Hand, daß die Franzosen rechtzeitig einen wohlgemeinten Wink von Brüssel aus erhalten haben, und der ganze Vorgang macht den beiderseitigen Unterhändlern Ehre für ihre Geschicklichkeit.

Laut „Defense Nationale“ verlangt die Regierung folgende Bewilligungen für die Landesvertheidigung: 1) für Beschaffung von 10 Feldbatterien 1,650,000 Franks; es sollen dann noch weitere 10 Batterien zur Vervollständigung der Feldartillerie beschafft werden; 2) für die Versuche zur Darstellung von Festungsgeschützen in der königlichen Geschützgießerei zu Lüttich, aus inländischen Stahlblöcken, 3,000,000 Franks; 3) 2 Millionen für verschiedene bereits eingeleitete Arbeiten: Darstellung von Geschossen, Lafetten, Plattforme, Versuche mit neuen Pulversorten 2c; ferner Vergrößerung des Schießplatzes zu Braschaet. Die Militärbehörde will an der Straße nach Breda ein größeres Stück Land einbeziehen, um Schießversuche auf 9,5 Kilometer Entfernung zu ermöglichen. Der neue Schießplatz wird mit der Eisenbahn verbunden. Die Regierung stellt keine besonderen Forderungen für die Festungswerke an der Maas; die im vorigen bewilligten 8 Millionen sind zum größten Theil noch unberührt, weil bisher nur die Vorarbeiten vorgenommen werden konnten.

Brüssel, 3. März. Der Abg. Guillery ist aus dem radikalen Wahlverein ausgetreten und seinem Beispiel sind mehrere Stadträthe gefolgt. Der Schlag ist empfindlich für die Radikalen, die nun außer ihrem eigenen Vereins-Vorstande von allen maßgebenden Persönlichkeiten im Stiche gelassen sind. Die „Unabhängigen“ hielten gestern Abend schon ihre erste Wahlversammlung. Der Vorsitzende suchte mit schönen Worten darzulegen, daß die Partei wirklich als solche bestehe und keineswegs als ein Bestandtheil der katholischen. Jeder kann ja von sich behaupten, was er will, nur hat die Bank der Unabhängigen in der zweiten Kammer stets mit den Klerikalen gewirthschaftet; abweichende Stimmen werden nur dann und wann abgegeben, aber niemals in der Anzahl, daß die Entscheidung hätte gegen die klerikale Regierung ausfallen können.

Paris, 5. März. Ein Berichterstatter des „Matin“ berichtet über eine Unterredung mit dem nach San Remo berufenen Pariser Zahnarzt Evans, der sich folgendermaßen äußerte:

„Ich kenne den Kronprinzen seit langem, habe ihn seit seiner Jugend behandelt und kann mir somit ein Urtheil über seinen Zustand bilden. Ich gehöre zu denen, die noch viel Hoffnung bewahren. Ich sage nicht, daß er gerettet ist, aber die ausgesprochene Besserung, die eingetreten ist, hat uns selbst überrascht. Nichts ist unmöglich bei einem Temperament, wie dem seinigen. Heute Abend zeigte er Munterkeit und Frohsinn in einem Grade, der bei einem kaum dem Tod entrissenen Kranken ganz und gar ungewöhnlich ist. Es bleibt die Frage des Krebses. Es ist aber durchaus nicht bewiesen, daß Krebs vorhanden ist. Mackenzie fährt fort, daran zu zweifeln, und ich, nachdem ich den Kehlkopf des Kronprinzen untersucht habe, neige seiner Ansicht zu.“

Paris, 5. März. Deputirtenkammer. Bei der Berathung des Kriegsbudgets frägt La Ferronays, ob der Minister dieses Jahr die ganze Altersklasse einzuberufen beabsichtige und ob die Munizipalräthe für das gesammte Kontingent oder für den einzuberufenden Theil desselben für die Ernährer der Familien Ausnahmen verlangen könnten. Der Kriegsminister Logerot bedauert, keine bestimmte Antwort so lange vorher geben zu können; allein nichts hindere die Munizipalräthe, sich mit ihren Nachforschungen auf den ersten Theil der Einzuberufenden zu beschränken.

Paris, 5. März. Deputirtenkammer. Der Deputirte Keller wies auf den häufigen Wechsel im Kriegsministerium und auf die nach und nach eingetretenen Herabsetzungen des Kriegsbudgets hin, wodurch die militärische Stellung Frankreichs schwer beeinträchtigt würde; diese Reduktionen nöthigten zur Schwächung der Kompagnien durch vorzeitige Beurlaubungen. Es sei nothwendig, hier eine Besserung zu schaffen. Der Kriegsminister erwiderte, im Jahre 1887 wäre man allerdings aus verschiedenen Ursachen zu zahlreicheren Beurlaubungen genöthigt gewesen; im Jahre 1888 habe sich jedoch die Situation gebessert und würden 19,000 Mann, welche im vergangenen Jahre zurückgestellt wurden, dem Effektivstand eingereiht werden können. Es sei wünschenswerth, die Kompagnien auf einen Effektivstand von 125 Mann zu bringen, jedoch seien hierzu noch verschiedene vorbereitende Maßregeln, namentlich eine Vermehrung der unteren Kadres der Armee, nothwendig. Er werde demnächst Maßregeln vorschlagen, um zu dem Effektivstand von 125 Mann per Kompagnie zu gelangen. Die Generaldiskussion wurde sodann geschlossen.

Stockholm, 3. März. Die von der Regierung im Staatshaushalts-Entwurf vorgeschlagene Erhöhung der Branntweinsteuer ist von der ersten Kammer des Reichstages abgelehnt, von der zweiten aber zugestanden worden. Mit 115 gegen 76 Stimmen beschloß letztere eine Erhöhung auf 50 Oere für das Liter. Die Regierung wollte den bisherigen Steuersatz von 40 auf 45 Oere gesteigert wissen, um den Fehlbetrag des Budgets decken zu können. Der Ausschuß war der Ansicht gewesen, daß die Deckung ja durch die neuen Kornzölle geschehen könne, und hatte die Erhöhung widerrathen. Jetzt müssen beide Kammern gemeinschaftlich abstimmen.

Bukarest, 5. März. (Telegramm der „Agence Havas“.) Dem Vernehmen nach würde Ghika mit dem früheren Gesandten in Wien, Carp, ein neues Kabinet bilden, in welchem letzterer voraussichtlich das Portefeuille des Aeußeren übernehmen dürfte, falls Sturdza dasselbe ablehnen sollte.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. März. Die Bestimmung in § 57 des Kranken-Versicherungsgesetzes, daß gesetzliche Entschädigungs-Ansprüche, welche dem von der Krankenkasse unterstützten Kassenmitgliede gegen dritte Personen zustehen, in Höhe der geleisteten Unterstützung auf die Krankenkasse übergehen, findet nach einem Endurtheil des 3. Senats des Ober-Verwaltungsgerichts, vom 19. Dezember v. Js., keine Anwendung auf den nach Artikel 60 des Handelsgesetzbuches dem Handlungsgehülfen gegen den Prinzipal zustehenden Anspruch (Fortbezug von Gehalt und Unterhalt während einer durch unverschuldetes Unglück herbeigeführten, die Dauer von sechs Wochen nicht überschreitenden Krankheit). Ein solcher Anspruch ist weder ein gesetzlicher im Gegensatz zu einem kontraktlichen, noch ein Entschädigungs-Anspruch.

— **Landgericht.** Strafkammer 1. — Sitzung vom 6. März. — Die Nahrung des Menschen ist eine sehr vielseitige, aber sie würde wohl noch weit vielseitiger sein, wenn das Alles wirklich genossen würde, was als Nahrungsmittel feil geboten wird. Es wird in dieser Beziehung noch sehr viel gesündigt und es ist nur anzuerkennen, daß die Behörde auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 energisch einschreitet und dafür sorgt, daß nur gute Waare feil gehalten wird. Ein großes Feld hierfür bietet sich ihr auf dem Fleischmarkte, hier findet sie sehr oft Gelegenheit einzuschreiten und auffälligerweise sind es meistens die Buden auswärtiger Schlächter, in denen sich schlechte Waare findet. Auch am 20. August vorigen Jahres wurden in der Bude der Schlächterfrau Louise **Brandenburg**, geb. Nack, aus Reckow 4 Theile eines Kalbes mit Beschlag belegt, weil das Fleisch im höchsten Grade verdächtig aussah und die Blutgefäße mit geronnenem Blut gefüllt waren. Es stellte sich auch heraus, daß der Mann der B. ausdrücklich angeordnet hatte, daß das Fleisch nicht zum Verkauf gestellt werden sollte, weil es ihm verdächtig vorkam; die Frau befolgte jedoch diese Anordnung nicht, sondern hing von dem Fleisch in der Bude zum Verkauf aus. Als nach der Beschlagnahme das Fleisch untersucht wurde, ergab sich, daß dasselbe geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen, da es von einem bereits verendeten oder einem in der Verendung begriffenen Thiere herrührte. Frau Brandenburg war deshalb heute wegen wissentlichen Verkaufs von verdorbenen Nahrungsmitteln angeklagt und wurde zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt.

Aus den Provinzen.

Greifswald, 3. März. Am Mittwoch, den 29. v. M., früh 8 Uhr, erschien in dem Kruge zu Koitenhagen ein Student mit blutüberströmtem Gesicht und theilte dem Gastwirth auf dessen Fragen mit, er komme so eben von einem Pistolenduell aus dem Koitenhäger Walde und sei von seinem Gegner durch einen Streifschuß auf dem Schädel und durch einen Schuß vor der Stirn verwundet worden. Die Ursache des Duells sei ein am Abend vorher im Bierlokale stattgehabter Streit gewesen; das Duell habe indessen ohne Sekundanten und ohne Arzt stattgefunden. Der Gastwirth zu Koitenhagen beförderte den Verwundeten auf seinem Schlitten sofort nach Greifswald und ist letzterer hier in die königl. Universitätsklinik aufgenommen. Dieser Vorfall ist bisher nicht aufgeklärt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. **Stadttheater:** Zu halben Preisen (Parquet 1 Mark 2c.). „Der Waffenschmied zu Worms.“ — **Bellevuetheater:** Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf.). „Der Hüttenbesitzer.“

Vermischte Nachrichten.

— (Berliner Kasernenhof-Blüthen.) Auf dem Kasernenhofe wurden die Honneurs geübt. Ganz nahe dem Eisengitter, das den Hof vom Bürgersteige trennt, hatte sich ein junger Unteroffizier mit 12 Leuten aufgestellt, von denen der eine Vaterlandsvertheidiger dem anderen kaum mit der Helmspitze bis zu den Schultern hinaufreichte. Schon sind dem Unteroffizier als „Kaiser“, „König“, „Prinz“, „General“, „Militärarzt“ 2c. und selbst als „Kriegsschiff“ die verschiedenartigsten Ehrenbezeugungen theils richtig, theils falsch erwiesen worden — ein Polak jüngsten militärischen Semesters hat sogar vor dem Gestrengen als Leichendiener stramm Front gemacht — und schon ist der so Vieles markirende Vorgesetzte sichtlich verlegen, was er momentan sonst noch vorstellen könnte, da giebt er das Zeichen zum Weiterdefiliren, und der erwähnte David unter den Goliaths — ein kugelrunder Einjähriger — fragt, losmarschirend, seinen Hintermann: „Was will der Unteroffizier denn jetzt sein?“ — „Die Frau Feldwebeln“, erhält er zur Antwort, und als er sich mit anmuthiger Verneigung der gedachten Frau Feldwebel nähert, fährt ihn der Unteroffizier an: „Mensch, was denken Sie sich, wen Sie vor sich haben?“ — „Die Frau Feldwebel“, giebt der erstaunte Marssohn zur Antwort. — „Kind, machen Sie keene Witze, es es könnte Ihnen sonst höllisch in die Bude regnen! — Von die Feldwebelinnen ist jar nicht die Rede gewesen; — solchen Personen kommt jar keen Honneur zu — verstanden? Wenn ich, wie in diesem Falle, jar nichts sage, so jrüßen Sie mir als das, was ich bin — nämlich als preußischen Unteroffizier, und sparen sich alle Bücklinge — verstanden?“ Dieser Scene hatte aus einiger Entfernung der augenblicklich Höchstkommandirende, der Herr Feldwebel, gelauscht, und die Art und Weise, in welcher der Unteroffizier seiner besseren Hälfte erwähnte, mochte ihn wohl veranlassen, daß er näher kommend dem Unteroffizier zuschrie: „Dalli, dalli, — die Leute haben auf dem Exerzierplatz keine Zeit, Ihr Rednertalent zu bewundern.“ Der Unteroffizier erröthete und ließ im Verlaufe des weiteren Exerzierens den dicken Einjährigen die ihm zu Theil gewordene Zurechtweisung „eklig“ empfinden. Mit einer wahren Lammesgeduld ertrug dieser die Zwiebelei, an der ein „Ulk“ seines Hintermannes allein die Schuld trug.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 6. März. Alle russischen Eisenbahnlinien sind wieder offen.

Danzig, 6. März. Gestern Abend stieß vor dem Bahnhof Hohethor der eben einlaufende Schnellzug aus Pommern mit einem Rangirzuge zusammen. Ein Heizer und der Lokomotivführer des letzteren wurden verwundet, die Lokomotiven sowie mehrere Wagen etwas beschädigt.

Durch den in vergangener Nacht stattgehabten Schneesturm wurde neuerdings die Eisenbahnlinie Dirschau-Marienburg gesperrt; auch sonst kamen einige kleinere Betriebsstörungen vor.

Bromberg, 6. März. Die Strecke Konitz-Laskowitz ist wieder frei.

Kiel, 6. März. Die dänische Postdampfschifffahrt auf der Linie Korsör Kiel ist eingestellt; die deutschen Postdampfer auf dieser Tour fahren noch.

München, 6. März. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte einstimmig die zur Aufbesserung der Gehälter der nicht pragmatischen Beamten von der Regierung geforderten 1,583,000 Mark, ebenso die zur Errichtung eines Handelshafens in Aschaffenburg nebst Herstellung der erforderlichen Verbindungsgeleise verlangten 850,000 Mark. Der Minister v. Crailsheim erklärte bei dieser Gelegenheit, wenn die Einrichtung der Kettenschifffahrt auf dem Main in Frage komme, werde zu erwägen sein, ob nicht der Staat die erforderlichen Anlagen herstellen solle.

Wien, 6. März. Die Meldung auswärtiger Blätter von einer bevorstehenden österreichischen, 140 Millionen angeblich betragenden Anleihe für militärische Zwecke, wird von hiesigen, bestunterrichteten Kreisen als vollständig erfunden erklärt. Ebenso sind die Gerüchte von unmittelbar bevorstehender Einberufung der Delegationen durchaus nicht den Thatsachen entsprechend.

Wien, 6. März. Wie die „Presse“ meldet, seien die Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern des österreichisch-ungarischen Lloyd wegen Erneuerung des Subventionsvertrages heute abgebrochen worden. Die Regierung hätte erklärt, über die bisherige Subvention von 1 3/10 Millionen Fl. nicht hinausgehen zu können. Die Verwaltung des Lloyd würde nunmehr die Entschließung ihrer Aktionäre einholen, ob das Angebot der Regierung anzunehmen sei.

Christiania, 5. März. Der Ingenier O. Jakobsen, sowie die Mitglieder des Storthings Dahl und Liestol sind heute zu Staatsräthen ernannt worden.

Petersburg, 5. März. Großes Aufsehen erregt ein Artikel des Publizisten Kokporew, welcher Rußland auffordert, sich von allen europäischen Händeln fernzuhalten und seine ganze Aufmerksamkeit der inneren Organisation und der Sammlung seiner Kräfte zuzuwenden.

Petersburg, 5. März. Zu der Kommission behufs Berathung des Projekts der fakultativen Metallvaluta wurden nun auch die Vertreter der Börsenkomitees des Wolgagebietes und anderer Gebiete, welche anfangs übergangen waren, hinzugezogen.

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 6. März. Im Hafen 0,52 Meter, im Revier 17 Fuß 5 Zoll. Wind: SSW. — **Posen**, 5. März, Warthe: 1,00 Meter. — **Breslau**, 5. März. Oberpegel 4,37 Meter, Mittelpegel 3,24 Meter, Unterpegel 3,04 Meter unter Null.